

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
192 · Ausgabe BE · Januar 2021



Nein zu mehr Sonntagsarbeit

ICH HABE ALS ERSTAUSBILDUNG DEN VERKAUFSBERUF ERLERNT UND ETWAS MEHR ALS ZEHN JAHRE IN EINEM SPEZIALGESCHÄFT IM DETAILHANDEL GEARBEITET. ICH KENNE DIE LANGEN ARBEITSZEITEN UND DIE SCHLECHTEN ARBEITSBEDINGUNGEN. DIE HAUPTVORLAGE DES GROSSEN RATES MUSS ABGELEHNT WERDEN – DANKE FÜR EURE UNTERSTÜTZUNG!



Mirjam Veglio,
Co-Präsidentin SP
Kanton Bern, Grossrätin,
Gemeinderätin,
Zollikofen

Wir entscheiden am 7. März 2021 über zusätzliche Sonntagsverkäufe, weil der Grosse Rat eine Änderung des Gesetzes über Handel und Gewerbe (HGG) beschlossen hat. Der kantonale Gewerkschaftsbund und die Unia ergriffen mit Unterstützung der SP Kanton Bern das Referendum. Nach dreimonatiger Sammelfrist konnten wir Ende Oktober 17 400 gültige Unterschriften bei der Staatskanzlei einreichen. Ein schöner Erfolg.

Nun gilt es diese Steilvorlage zu verwerten. Die Argumente sind auf unserer Seite:

1. Die Beschäftigten im Detailhandel wollen keine zusätzliche Sonntagsarbeit. Bereits heute leiden sie unter 6-Tage-Wochen und zerstückelten Schichten. Umfragen bestätigen diesen Befund.
2. Die grosse Mehrheit der im Detailhandel Beschäftigten sind Frauen. Es geht heute darum, die Lage der Frauen überall zu verbessern und die Lasten gleichmässiger zwischen den Geschlechtern zu verteilen. Deshalb ist es befremdend, wenn die

Arbeitszeiten in einem frauendominierten Sektor verlängert werden. Es reicht nicht, wenn wir massiv für die Anliegen der Frauen mobilisieren (wie am Frauenstreik 2019) und die guten Wahlergebnisse der Frauen bejubeln. Wir müssen auch konkret die Interessen der Frauen in der Arbeitswelt schützen.

3. Im Detailhandel herrschen sozialpartnerschaftliche Wildwestzustände. Nur Migros, Coop und Lidl kennen Gesamtarbeitsverträge. Alle anderen wollen sich diesbezüglich nicht verpflichten. Egal ob es sich um grosse internationale Ketten handelt oder um kleine Boutiquen. Die Löhne sind tief. Im Zweifelsfall gilt ein vom Kanton Bern angeordneter Normalarbeitsvertrag, der aber mit Begründung immer unterschritten werden kann.
4. Die Arbeit am Sonntag verhindert oder erschwert die Erholung, die Entspannung und die Besinnung. Die Pflege des Familienlebens und der sozialen Kontakte kommt zu kurz. Nicht umsonst kennen alle Kulturen seit jeher einen Rhythmus zwischen Arbeit und Ruhezeit. Das ist wichtig für eine Gesellschaft, die sich nicht in hektischer Geschäftigkeit verlieren will.
5. Die zusätzliche Sonntagsarbeit ist ein volkswirtschaftliches Nullsummenspiel. Es sind trotz längerer Öffnungszeit keine zusätzlichen Mittel vorhanden. Das Geld wird einfach in einem anderen Zeitraum

ausgegeben. Wenn man schon längere Öffnungszeiten und volkswirtschaftlichen Nutzen zusammenführen möchte, dann müsste man die Löhne flächendeckend erhöhen. Davon sind wir heute weit entfernt.

6. Von zusätzlicher Sonntagsarbeit profitieren Grossverteiler und internationale Textilketten. Letztere bewegen sich im abstossenden Dreieck von miesen Arbeitsbedingungen im Produktionsland, tiefen Löhnen in den hiesigen Filialen und horrend hohen Profiten bei den Eigentümern. Es gibt keinen Grund dieses Geschäftsmodell mit zusätzlichen Anreizen zu belohnen.
7. Kleine Geschäfte geraten zusätzlich unter Druck. Sonntagsarbeit ist mit zusätzlichen Kosten verbunden, die sich nicht rechnen. Mit weiteren Einkaufssonntagen ist deshalb vor allem ein Verdrängungswettbewerb verbunden. Wir aber wollen lokale Vielfalt bewahren.

Schliesslich bitte ich euch Folgendes zu beachten: Die Hauptvorlage des Grossen Rats lehnen wir ab. Wir nehmen den Eventualantrag an, der nicht nur den Status quo bei den Ladenöffnungszeiten beibehält, sondern auch die Regulierung der E-Zigaretten beinhaltet. Es gilt also, bei der Stichfrage das Kreuz beim Eventualantrag zu machen. So ist sichergestellt, dass bei einem doppelten Ja unsere Position obsiegt.



«Ich will ein offenes Ohr haben für Anliegen aus der Basis»

ANNA TANNER WILL PROJEKTE ANREISSEN UND DIE POLITISCH AKTIVEN UND INTERESSIERTEN MENSCHEN VERNETZEN. DIE BIELER STADTRÄTIN UND NEUE VIZEPRÄSIDENTIN DER SP KANTON BERN SPRACH MIT LINKS.BE ÜBER IHRE PRIORITÄTEN UND IDEEN FÜR DIE SP.

Im November wurdest du zur Vizepräsidentin der SP Kanton Bern gewählt. Was hat dich für das Amt motiviert?

Als Sozialarbeiterin ist mir eine soziale und gerechte Sozialpolitik wichtig, und die damit verbundenen Themen werden vielfach auf kantonaler Ebene besprochen und entschieden. Zudem gefällt mir die Dynamik und Zusammenarbeit in der Partei- und der Geschäftsleitung der kantonalen SP, so dass ich Lust habe, mich intensiver einzubringen. Ich freue mich auf die Vernetzung mit den politisch aktiven und interessierten Menschen innerhalb des ganzen Kantons.

Welche politischen Themen liegen dir besonders am Herzen?

Ich bin in der SP, weil ich mich dafür einsetzen will, dass unsere Ressourcen gerecht verteilt werden und somit soziale Sicherheit geschaffen werden kann. Daraus ergeben sich viele Unterthemen wie beispielweise die Sozial- oder die Gleichstellungspolitik.

«Ich reisse gerne Projekte an und bin gut im Vernetzen.»

Wie willst du dich als Vizepräsidentin der SP Kanton Bern einbringen?

Ich reisse gerne Projekte an und bin gut im Vernetzen. Ein kleines Projekt ist bereits gestartet. Mit einer neuen Arbeitsgruppe bearbeiten wir das Thema «Stimmrecht für Menschen ohne Schweizer Pass». Mir ist es allgemein wichtig, anderen zuzuhören und Betroffene in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. So will ich ein offenes Ohr haben für Anliegen aus der Basis, von Bewegungen auf der Strasse und aus dem Lebensalltag.

Davor warst du in der Geschäftsleitung der SP Kanton Bern für Genderanliegen zuständig. Wie steht es aus deiner Sicht um die Gleichstellung?

Wir sind noch lange nicht da, wo wir in der Gleichstellung gerne wären. Der Frauenstreik hat den feministischen Forderungen einen heftigen Schub verliehen. Doch wie uns die Geschichte gelehrt hat: Es braucht oftmals mehrere Anläufe, um etwas zu erreichen. Ein weiterer Punkt ist: Ungleichheiten und Diskriminierungen betreffen nicht nur Genderfragen. Alter, Bildung, ökonomische Stellung und Erkrankungen sind ebenfalls Risikofaktoren für Ungleichheiten. Das Thema Gleichstellung soll auch diese Faktoren immer mit einbeziehen.

Du warst Co-Koordinatorin für den Frauenstreik in Biel. Was können wir tun, um den Schwung des Frauenstreiks weiterzuziehen?

Uns mit Organisationen und Bewegungen vernetzen, zuhören und hartnäckig bleiben. Wichtig sind auch verschiedene Aktionsformen. Veranstaltungen im öffentlichen Raum helfen dabei, sichtbar zu werden.

Du arbeitest als Opferberaterin im Frauenhaus und bist ausgebildete Sozialarbeiterin. Was müssen wir als Gesellschaft tun, um verwundbare Personen besser zu schützen? Welche Massnahmen in der Sozialpolitik sind wichtig?

Es braucht mehr Menschen in den politischen Entscheidungsgremien, die wissen, wie sich Gesetze und Verordnungen auf ein Leben auswirken, also auch Betroffene. Eine essenzielle Massnahme wäre ganz einfach ein Stopp der Sparpolitik im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich.

Der oder die Durchschnittswähler*in der SP ist eher älter und bei den letzten Nationalratswahlen haben wir bei den Neuwählenden unterdurchschnittlich abgeschnitten. Was sollte die SP aus deiner Sicht tun, um vermehrt das Vertrauen von Jungen gewinnen zu können?

Die SP hat im Moment eine gute Dynamik. Der Wahlkampf in Biel letzten Sommer hat richtig Spass gemacht, weil viele motivierte Leute dabei waren. Vertrauen zu gewinnen ist wichtig, aber dies erreichen wir nur, wenn wir authentisch sind. Politik sollte auch so gestaltet werden, dass sie Freude macht und einen Beitrag dazu leistet, aus dieser Welt einen besseren Ort zu machen. Die Art und Weise des Engagements spielt dabei eine untergeordnete Rolle, es sollte jedoch aus Überzeugung gemacht werden.

«Meine Priorität wird sein, den Dialog zwischen den Sozialisten im Berner Jura entschlossen zu erneuern.»



DIE LINKEN KRÄFTE IM BERNER JURA BÜNDELN UND EIN SPRECHER DER FRANZÖSISCHSPRACHIGEN BEVÖLKERUNG SEIN: DAS WILL DER NEU GEWÄHLTE VIZEPRÄSIDENT DER SP KANTON BERN UND GROSSRAT AUS TRAMELAN HERVÉ GULLOTTI.

Im November wurdest du zum Vizepräsidenten der SP Kanton Bern gewählt. Was hat dich für das Amt motiviert?

Mehrere Elemente nährten meine Überlegungen.

- Die Notwendigkeit der Präsenz eines Frankophonen in der Parteileitung nach dem Rücktritt von Cédric Némitz. Der Berner Jura durchlebt auf institutioneller Ebene prägende Zeiten. Es ist wichtig, dass die SP Kanton Bern ein Relais hat, um das Bewusstsein dafür zu erhöhen. Ich möchte auch Sprecher der französischsprachigen Sozialisten in Biel sein.
- Mit Unterstützung der Parteileitung vermittele ich im Versöhnungsprozess zwischen den sozialistischen Bewegungen im Berner Jura. Das Vertrauen zwischen den Akteuren muss aufgebaut werden, damit wir uns nach der Moutier-Abstimmung eine gemeinsame politische Zukunft vorstellen und die Identitätsstreitigkeiten überwinden können, die uns schon zu langgespalten haben.

- Auf persönlicher Ebene ist dies eine politische Herausforderung, die mich fesselt und die eine neue Facette meines Engagements darstellt. Die Mitarbeit im Vizepräsidium ermöglicht es mir, eine Verbindung zwischen der politischen Arbeit im Grossen Rat und dem Leben der Kantonalpartei herzustellen.

Welche politischen Themen liegen dir besonders am Herzen?

Ich bin eher ein Generalist, der aus der Welt der Verbände kommt. Ich habe mich sehr in Kreisen engagiert, die gegen Folter und Todesstrafe sind, aber auch in pazifistischen Kreisen. Ich selbst bin Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen. Ich habe eine humanistische Sensibilität, die sich in meiner parlamentarischen Tätigkeit widerspiegelt: sozialer Zusammenhalt, Respekt vor Unterschieden, der Mensch im Mittelpunkt (vor allem im wirtschaftlichen Bereich), Integration von Ausländern in das politische Leben zum Beispiel.

Wie willst du dich als Vizepräsident der SP Kanton Bern einbringen?

Meine Priorität wird sein, den Dialog zwischen den Sozialisten im Berner Jura entschlossen zu erneuern. Wir haben ein enormes Wählerpotenzial in diesem Teil des Kantons, der derzeit im Bann der Jura-Frage steht. Die Herausforderungen sind jedoch beträchtlich: ein einziger garantierter Sitz im Berner Jura, der von der SVP besetzt ist, und der Aufstieg der Grünen, der bei einem Teil unserer

Wähler*innen einen Sehnsuchtspekt auslöst. Ich wünsche mir, dass die SP auch im Berner Jura Perspektiven bieten kann, die nahe an der Lebenswirklichkeit der jungen Menschen sind.

Du bist französischsprachig und vertrittst den Berner Jura im Grossen Rat. Wie steht es aus deiner Sicht um die Zweisprachigkeit im Kanton Bern?

Die Zweisprachigkeit ist eine Bereicherung und eine Herausforderung für die Menschen. Meiner Meinung nach sollte sie ein Bindeglied zwischen den Kulturen sein und nicht ein Ziel an sich. Für die Deutschsprachigen öffnen sich dadurch Türen zur Romandie. Aber es sollte nicht dazu führen, dass sie glauben, es gebe keinen Bedarf mehr für eine französischsprachige Ausnahme im Kanton. Für die Französischsprachigen ist die Zweisprachigkeit auch eine kulturelle Bereicherung und eine Annäherung an die Deutschschweiz. Sie soll aber nicht zu einem Identitätsverlust führen. Die Zweisprachigkeit soll die beiden Kulturen einander näher bringen, aber nicht verwischen.

Im Juni wirst du voraussichtlich zum Präsidenten des Grossen Rats gewählt. Wie planst du dieses Amt auszuführen?

Ich freue mich auf diese politische Erfahrung. Mein Handlungsspielraum wird von der Entwicklung der Coronavirus-Pandemie bestimmt. Die Tätigkeit des aktuellen Präsidenten ist stark eingeschränkt. Drei Dinge sind sicher: Ich werde den Vorsitz in französischer Sprache führen, ich werde für meine Region werben und ich werde das Thema Solidarität in den Mittelpunkt meines Engagements stellen.

«Die Zweisprachigkeit ist eine Bereicherung und eine Herausforderung.»

Elternzeit

Nach dem vom Kanton verordneten Fristenstillstand vom 19. Dezember bis 22. Januar darf für die Elternzeitinitiative nun wieder gesammelt werden. Dadurch verlängert sich die Sammelfrist bis Anfang April. Noch nicht unterschrieben? Dann gleich den QR-Code einlesen und erledigen! Mehr Infos und 10er-Bogen auf www.elternzeit.be.



**HIER ONLINE
UNTERSCHREIBEN:**



RICHTERINNEN- POOL ERNEUERN

Die SP Kanton Bern führt einen RichterInnenpool für interessierte Juristinnen und Juristen, die sich eine Stelle als RichterIn vorstellen können.

Interessierte SP-Mitglieder, die sich mittel- oder langfristig für eine Stelle am Ober-, Verwaltungs-, Zwangsmassnahmen-, Wirtschaftsstraf-, Jugend-, Regionalgericht oder bei der regionalen Schlichtungsbehörde bewerben möchten, melden sich bei Sonja Walther, SP Kanton Bern, per E-Mail: sonja.walther@spbe.ch, Tel. 031 370 07 84.

AGENDA 2021

- **Mittwoch, 3. Februar**
Digitaler Parteitag
- **Sonntag, 7. März**
Abstimmungen
- **Samstag, 29. Mai**
Parteitag in Biel
- **Mittwoch, 25. August**
Parteitag in Bern
(Eventualtermin)
- **Mittwoch, 10. November**
Parteitag in Bern

Dürrenmatt und Ueli Maurers Frust

Friedrich Dürrenmatt wäre am 5. Januar 100-jährig geworden. Das Denken des in Konolfingen geborenen Schriftstellers ist aber aktueller denn je. Die Welt sei nur als groteske Komödie zu verstehen, schrieb er einmal. Also als so absurd, dass es nur noch zum Lachen ist, auch wenn einem dieses im Hals stecken bleibt. Dass in der jetzigen Lage so getan wird, als würde in der Schweiz das Geld fehlen, um von Einschränkungen betroffene Firmen, Selbstständige oder Kulturschaffende im nötigen Ausmass zu unterstützen, verstört. Wenn Finanzminister Ueli Maurer dann beim Ausrufen der erneuten Corona-Einschränkungen seinen persönlichen Frust über zusätzliche Staatsausgaben für Auffangmassnahmen ins Zentrum stellt, so ist das nur noch grotesk. Es gehe der Blick aufs grosse Ganze verloren, bemängelte Maurer weiter. Ironischerweise muss man das gerade ihm selber vorwerfen, zusammen mit den

Rote Feder

anderen bürgerlichen finanzpolitischen Hardlinern. Sie haben aus den Augen verloren, dass gesunde Staatsfinanzen kein Selbstzweck sind. Sondern dass man in guten Zeiten zurückhaltend haushalten sollte, um in einer Krise genügend Mittel zu deren Bewältigung zur Verfügung zu haben. So auch im Kanton Bern. Hier weigern sich die Bürgerlichen, das zu enge Korsett der Berner Schuldenbremse angesichts der historischen Krise ausnahmsweise zu lockern. Die alte FDP-Garde klagte gar vor Bundesgericht gegen die im Raum stehende Idee. Das lässt nichts Gutes hoffen für künftige Budgetdebatten, sollten in diesem und im nächsten Jahr im Kanton Bern die Staatseinnahmen krisenbedingt zurückgehen. Dürrenmatt führte die Reduit-Strategie der Schweizer Armee

im Zweiten Weltkrieg als Beispiel für eine Groteske an: Die Armee hätte sich in die Alpen gerettet, während die Bevölkerung im Mittelland überrannt worden wäre. So nach dem Motto «Operation gelungen, Patient gestorben». Hoffen wir, dass uns das nicht auch in der Finanzpolitik droht: Schuldenstand stabil, Realwirtschaft im freien Fall.

Hannes
Rettenmund,
Kampagnen-
verantwortlicher
SP Kanton Bern

